

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei
Jüdenstraße 1
10178 Berlin

Berlin, den 07.07.2020

Offener Brief: Geht das vielleicht immer so?

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

seit Ausbruch der Corona-Pandemie hierzulande ist ganz ohne Zweifel nicht nur der Stresspegel der Zivilbevölkerung aufgrund der vielfältigen Herausforderungen durch den Lockdown gestiegen. Nein, auch auf der Regierung – ob auf Landes- oder Bundesebene – lastet ein besonderer Druck. Öffentliche Schelten gibt es in solchen Zeiten sicher nicht zu knapp. Dagegen ist unser heutiges Anliegen keine Kritik. Stattdessen möchten wir Ihnen von den positiven Erfahrungen erzählen, die wir in den vergangenen Wochen mit einigen Behörden gemacht haben.

Vorab ein paar Worte zu uns: Der Verein Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e.V. existiert nunmehr seit 30 Jahren. (Lange genug, dass er wahrscheinlich vielen Berliner*innen, ob geboren oder zugezogen, ein Begriff ist.) Mit inzwischen 27 Teams leisten wir niedrighschwellige, unkomplizierte Hilfe zur Selbsthilfe für Jugendliche und Erwachsene, die von herkömmlichen Hilfesystemen nicht mehr erreicht werden (wollen). Daher haben wir einen ganz besonderen Zugang zu den Berliner Behörden, denn wir erleben durch die Adressat*innen unserer Arbeit, wie diese Behörden mit den (leider meist so genannten) „Schwächsten der Gesellschaft“ umgehen. Kein Wunder also, dass wir uns diesbezüglich häufig kritisch äußern (müssen).

Was die Zeit des Corona-bedingten Lockdown angeht, möchten wir Ihnen diesbezüglich jedoch ein positives Feedback geben.

Da sei z.B. der sehr kooperative Mitarbeiter aus dem Landesamt für Einwanderung zu erwähnen, der zügig eine Duldung ausstellte für einen seit vier Jahren in Deutschland lebenden Geflüchteten – dabei von sich aus eine Beschäftigungserlaubnis erteilte und sogar zum Telefonhörer griff, um dies schnell mitzuteilen.

Oder die soziale Wohnhilfe Charlottenburg-Wilmersdorf, welche die Zustände in einer Notübernachtung der Kältehilfe in Wilmersdorf als nicht konform zum Infektionsschutz einstufte und sofort 18 Menschen anderweitig ordnungsrechtlich in Wohnheimen und Pensionen unterbrachte. Die Regelung der Kostenübernahme durch die anderen Bezirke und die Prüfung der individuellen Ansprüche auf Sozialleistungen wurden erst im Nachhinein vorgenommen. Ein beispielhaftes Vorgehen, das die akuten Bedarfe und Notwendigkeiten in den Fokus rückte und die Bürokratie auf einen späteren Zeitpunkt verschob. (Eigentlich so auch gesetzlich intendiert, aber sonst selten so praktiziert...)

Auch die Videokabine des Jobcenters Mitte am Leopoldplatz ist in dieser Aufzählung zu nennen. Dort konnten individuelle Anliegen unkompliziert geschildert werden. Bei einem jungen Menschen, der mittellos war, reichte es, den digitalen Kontoauszug auf dem Smartphone zu zeigen – sonst sind gedruckte Auszüge vor Ort vorzulegen, woran es oft scheitert – um gleich für nachmittags einen Termin und an diesem dann sogar einen Bargutschein (einzulösen in Supermärkten etc.) zu erhalten.

Erwähnenswert ist auch die unkomplizierte und verlässliche Kommunikation zur Jean-Piaget-Schule als Ansprechpartnerin für die Nicht-Schüler*innen-Prüfung, welche für Jugendliche in unserem Arbeitsbereich nicht hoch genug zu schätzen ist.

Ebenso fielen uns die kompetenten Kolleg*innen an der Hotline des Jobcenters positiv auf, die auf Akten und Vermerke der anderen Kolleg*innen direkt zugreifen und Auskunft geben konnten. Oder auch eine Teamleiterin der Jugendberufsagentur, die einen Erstantrag sogar mündlich entgegennahm, so dass der junge Mann schnell eine Finanzierung für eine Obdachlosenunterkunft bekam. Die schnelle Prüfung eines zuerst abgelehnten Amtshilfeersuchens, um eine getrenntlebende Familie in derselben Unterkunft unterzubringen in Lichtenberg; die schnelle Zusage von Plätzen in einer Flüchtlingsunterkunft in Neukölln; ja sogar die Vergabe kurzfristiger Termine bei so manchem Bürgeramt – und dies fast ohne Wartezeit im Haus – kurzum:

Es häuften sich Berichte unserer Streetwork-Teams, dass Mitarbeiter*innen der Ämter kooperativer, schneller und unkomplizierter arbeiteten als sonst.

Da fragen wir uns: Geht das vielleicht immer so?

Wir wünschen uns sehr, dass diese Art der Zusammenarbeit Bestand hat. Dass

- weiterhin **niedrigschwellig und zeitnah Termine beim Bürgeramt** für Anmeldungen und die Beantragung von Personalausweisen gebucht werden können,
- dass **Berlin-Pässe nicht mehr notwendig für das S-Ticket** sind, sondern das Mitführen des Leistungsbescheides (vom Jobcenter/Sozialamt) reicht;
- dass **Anträge auf ALG II weiterhin so unkompliziert gestellt werden können wie aktuell**, d.h. dass Unterlagen ans Jobcenter gemailt und postwendend mit einem Anruf vom Leistungsteam beantwortet werden sowie **Kostenübernahmen direkt an die Unterkunft geschickt** werden;
- dass das **Landesamt für Einwanderung Aufenthaltspapiere (Not-Dokumente) per Mail zuarbeitet** und **Erwerbstätigkeit auch weiterhin so häufig gestattet wird wie aktuell**;
- dass **Sozialämter auf Anfrage genau so unkompliziert in Einrichtungen zuweisen und keine Wartezeiten entstehen** wie jetzt,

um nur einige unserer Wünsche konkret zu benennen.

Natürlich haben wir auch erlebt, was in dieser Zeit nicht so gut gelaufen ist. Ohne Frage: Wir könnten auch eine Liste schreiben mit den negativen Erfahrungen. Doch bringt uns das wirklich weiter?

Wir würden uns sehr freuen, wenn solche und ähnliche Wahrnehmungen und Wünsche – die sicher nicht nur wir haben – vom Senat und den Bezirksämtern aufgenommen werden und genau geprüft wird, wie Verwaltungshandeln auch in „Nach-Corona-Zeiten“ direkter, diskriminierungsfreier und wertschätzender gestaltet werden kann.

Wir finden, es sollte uns an etlichen Stellen viel häufiger gelingen, uns an einer guten Praxis und an gelungener Kooperation zu orientieren. Kurz: Durch positives Feedback das zu verstärken und zu verstetigen, was unser Berlin lebenswert macht – und zwar für alle!

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen
für die weitere Krisenbewältigung



Elvira Berndt
Geschäftsführerin

PS: Wir hoffen sehr, dass es auch in Ihrem Sinne ist, wenn wir den Brief an unsere Netzwerke und dem einen oder der anderen Medienvertreter*in zur Kenntnis geben.